

Die zentralen Fragen der deutschen Sicherheitspolitik

Ausführungen von Bundeskanzler Helmut Kohl
in der CDU/CSU-Fraktionssitzung am 23. Juni 1987

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Sie alle haben das Ergebnis der Frühjahrstagung der
NATO-Außenminister in Reykjavik verfolgt.

Für uns ist entscheidend, daß die Allianz für ein wichtiges Teilgebiet
unserer Sicherheitspolitik nun ein „kohärentes Gesamtkonzept“ und
damit Leitlinien für die Rüstungskontrollpolitik der Bündnismitglieder
erarbeitet.

Es wird noch weiter daran gearbeitet. Aber es ist vor allem wichtig — und
das begreift jeder —, daß wir im Blick auf die sowjetischen
Propaganda-Offensiven in die Gegenoffensive kommen.

Das in Reykjavik Besprochene berücksichtigt insbesondere den
sachlichen Zusammenhang der verschiedenen rüstungskontrollpolitischen
Verhandlungsmaterien und verweist — und ich erinnere in diesem
Zusammenhang auch an meine Erklärung vor dem Bundestag vom 4. Juni
— auf die wechselseitige Abhängigkeit zwischen der Rüstungskontrolle
einerseits und den Erfordernissen der Sicherheit des Bündnisses und der
Strategie der Abschreckung andererseits. Die Bundesregierung wird alles
tun, um dieses Gesamtkonzept weiter voranzutreiben. Der NATO-Rat
stellt noch einen weiteren Zusammenhang her, nämlich zwischen dem
Rüstungskontrollprozeß auf der einen Seite und dem gesamten
Ost-West-Verhältnis auf der anderen Seite.

Ich halte es für einen fatalen Fehler der Diskussion im Westen, auch bei uns in der Bundesrepublik, daß sich die Diskussion auf Rüstungs- bzw. Abrüstungsfragen verengt, und daß wir die gesamtpolitischen Zusammenhänge aus dem Blick verlieren, denn, liebe Freunde, jeder von uns weiß:

Waffen an sich sind weder gut noch böse. Waffen werden böse und katastrophal, wenn die politische Gesinnung entsprechender Art ist.

Angesichts der Entwicklung in der UdSSR müssen wir im Westen zu einem Gesamtkonzept kommen gegenüber der Sowjetunion. Da ist die Abrüstungsperspektive nur ein Teil; Menschenrechte und viele andere Punkte gehören dazu. Das muß ein Gesamtkonzept sein — wie wir ja überhaupt, wie ich denke, überall - auch in der deutschen Innenpolitik — immer mehr in die Gefahr geraten, daß wir partikulare Interessen in den Vordergrund schieben und das Gesamtinteresse bzw. eine Gesamtschau zu wenig bedenken. Wenn die Demokratien in der Auseinandersetzung mit totalitären Regimen nicht lernen, eine Gesamtschau vorzunehmen — das heißt, wenn sie auf der einen Seite über Waffen und Abrüstung reden, auf der anderen Seite jedoch die humanitären Fragen vergessen — werden wir die Partie verlieren, obwohl wir die sehr viel besseren Karten in der Hand haben.

Die 16 Allianzmitglieder haben in ihrer Erklärung von Reykjavík festgestellt:

Bei der Beurteilung der sowjetischen Absichten sind wir uns darin einig, daß der eigentliche Prüfstein das sowjetische Verhalten in allen Bereichen, von den Menschenrechten bis hin zur Rüstungskontrolle, sein wird.

Dies ist ein Satz, der auf unser Betreiben dort mitbeschlossen wurde. Und das sollten wir auch hierzulande sagen.

Wenn man nur über Rüstung redet, wenn man nur über Raketen redet, nicht aber auch beispielsweise über politische Gefangene und Menschenrechte, wenn man nicht mehr über die Deutschen in der Sowjetunion, Rumänien oder anderswo redet, dann vermittelt man einen völlig falschen Eindruck von der Wirklichkeit. Und wer soll es eigentlich aussprechen, wenn wir es nicht tun, liebe Freunde?

Für mich sind die Ergebnisse von Reykjavík ein Erfolg. Sie alle wissen, daß unsere Zustimmung zur sog. „doppelten Null-Lösung“ bei den Mittelstreckenflugkörpern in Europa insbesondere mit der Forderung verknüpft ist, den Abrüstungsprozeß bei nuklearen Offensivsystemen

kürzerer Reichweite nicht bei einer „künstlichen Brandmauer von 500 km“ anzuhalten. Wir alle sind uns einig, daß die erdrückende sowjetische Überlegenheit bei Flugkörpern kürzerer Reichweite — ich erinnere an die 583 sowjetischen SCUD-Raketen — aus deutscher Sicht auf Dauer nicht hinnehmbar ist.

Die in Reykjavik gefundene Formulierung stellt klar, daß anzustreben sind — ich zitiere: ... im Zusammenhang mit der Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts und weltweiter Beseitigung chemischer Waffen deutliche und überprüfbare Reduzierungen amerikanischer und sowjetischer bodengestützter nuklearer Flugkörpersysteme kürzerer Reichweite, die zu gleichen Obergrenzen führen.

Sie wissen — und das ist gegenwärtig ein Teil unseres Problems —, daß Verbündete in Reykjavik die sog. „Brandmauer“ gefordert haben, das heißt, daß sie über weitere Reduzierungen unterhalb von 500 km Reichweite allenfalls nach Herstellung konventioneller Stabilität in Europa und der Abschaffung aller chemischen Waffen mit sich reden lassen wollten.

Meine Damen und Herren, jeder von uns weiß: Wir wollen keine unrealistische Politik verfolgen. Jeder von uns weiß, daß es auch in Zukunft neben den konventionellen Waffen nukleare Waffen geben wird. Aber bei der Diskussion, die jetzt in Europa und in Deutschland begonnen hat, weiß auch jeder von uns, daß die Fragen im Bereich von 0 bis 500 km nicht so gelöst werden können, wie es sich der eine oder andere in der Allianz vorstellen mag.

Wir sind wirklich verteidigungswillig und opferbereit. Aber die Opfer können nicht primär und überwiegend der Bundesrepublik Deutschland aufgebürdet werden. Wir haben unseren Beitrag zu leisten: einen größeren als andere. **Aber wir erwarten, daß unsere Interessen auch von anderen dabei berücksichtigt werden.** Das ist keine „Sondertour“, sondern das ist eine vernünftige Vertretung berechtigter Interessen.

Wie von uns erwartet, fordert die Sowjetunion jetzt in einer sehr drängenden Form die Einbeziehung der amerikanischen Sprengköpfe für die deutschen Pershing-Ia-Raketen in ein amerikanisch-sowjetisches INF-Abkommen. Diese von sowjetischer Seite nachgeschobene Forderung wird von den USA und dem gesamten Bündnis zurückgewiesen. Für die Zurückweisung dieses Ansinnens sind besondere Erwägungen maßgeblich — ich halte es für wichtig, daß Sie diese Erwägungen auch in den Kreisparteien deutlich machen; ich habe gerade

heute früh in der Diskussion mit einem Kreisvorstand der CDU, der bei mir zu Gast war, sehr deutlich gespürt, daß wir hier einen Nachholbedarf für Diskussionshilfe haben:

■ Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf haben sich von Anbeginn an ausschließlich mit Waffen der beiden verhandelnden Weltmächte befaßt.

Sogenannte Drittstaaten-Systeme oder Kooperationsformen mit Dritten im Nuklearbereich waren bisher immer — aus gutem Grund — von den Verhandlungen ausgeschlossen.

■ Die Sowjetunion lehnt eine globale LRINF-Null-Lösung ab und beharrt — jedenfalls bis heute — auf der Beibehaltung von 100 Sprengköpfen für ihre SS 20 im asiatischen Teil der Sowjetunion.

Die potentielle Bedrohung Westeuropas durch diese Systeme bleibt damit grundsätzlich erhalten; und dies um so mehr, als die Sowjetunion im Rahmen ihres Vertragsentwurfes das Einverständnis der USA zu einer Verbringung von SS 20 und ihren Nuklearsprengköpfen in den europäischen Teil der Sowjetunion aus Trainings- und Erprobungsgründen fordert.

■ Darüber hinaus wird West-Europa weiterhin von den sowjetischen strategischen Nuklearsystemen bedroht. Es gibt über 10000 nukleare Sprengköpfe auf sowjetischen strategischen Systemen. Das steht in gar keinem Verhältnis zu den 72 Pershing Ia der Bundeswehr.

■ Und im übrigen — und das wird auch vergessen in der Debatte — verbleiben ja nach dem jetzigen Stand der Verhandlungen auf sowjetischer Seite noch nahezu 600 SCUD-Systeme, also allein eine achtfache Überlegenheit im Verhältnis zu den 72 P Ia.

■ Schließlich muß sich die Sowjetunion an die Tatsache erinnern lassen, daß die NATO — was kaum mehr bei uns in der Diskussion gewürdigt wird — zwischen 1980 und 1988 einseitig und ersatzlos 2400 Atomsprengköpfe von Kurzstreckensystemen aus Europa abgezogen hat.

In diesem Zusammenhang ist in den vergangenen Tagen — vor allem von sowjetischer Seite, aber auch von anderen im Ostblock — der Vorwurf erhoben worden, wegen unserer Haltung zur Pershing Ia sei deutlich geworden, daß die Bundesregierung für die Bundesrepublik faktisch die Stellung einer Nuklearmacht anstrebe. Dieser Vorwurf ist absurd. Die seit Jahren bestehende Kooperation zwischen den USA und uns im Hinblick auf die P Ia wird in keiner Weise verändert. **Wir haben keine**

Verfügungsgewalt — und wollen sie auch nicht — über die amerikanischen Nuklearsprengköpfe. Und ich weise noch einmal darauf hin, daß es sich bei unserer Haltung um eine einstimmige und einvernehmliche Haltung des Bündnisses handelt.

Wir haben die begründete Erwartung, daß der Abschluß eines INF-Abkommens noch in diesem Jahr möglich ist. **Wesentliche Schwierigkeiten für einen solchen Abschluß bilden Einzelprobleme der Verifikation.** Die Forderungen der Vereinigten Staaten nach weitgehenden und stringenten, also ganz strengen Verifikationsbestimmungen müssen wir unterstützen. Was nützt ein Abkommen, das unterlaufen werden kann? Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die soeben dargestellte sowjetische Forderung nach der Verbringung von SS-20-Systemen in den europäischen Teil der Sowjetunion zu Übungszwecken. Wenn wir im Abkommen zulassen, daß diese Waffe im asiatischen Teil stationiert wird und zu Trainingszwecken in den europäischen Teil kommen darf, brauche ich Ihnen nicht zu sagen, welche Verifikationsprobleme das in Wahrheit beinhaltet.

In Reykjavik gab es auch substantielle Fortschritte im Blick auf die Festlegung einer westlichen Verhandlungsposition über konventionelle Stabilität in ganz Europa. Es war schwierig, die Bundesregierung hat dazu beigetragen, amerikanisch-französische Meinungsunterschiede zu Prozedurfragen auszuräumen. Wir hoffen sehr, daß nun in Wien über substantielle Verhandlungspositionen verhandelt werden kann.

Wir sind aufs höchste daran interessiert, daß die Verhandlungen in Wien im konventionellen Bereich vorankommen; denn Fortschritte auf diesem Gebiet, das brauche ich Ihnen angesichts des Kräfteverhältnisses hier in Europa und in Deutschland nicht zu erläutern, liegen besonders in unserem Interesse.

Es fällt auf, daß Gorbatschow und der Warschauer Pakt im Blick auf Vorschläge in diesem Bereich bisher sehr zurückhaltend reagiert haben. Sie haben bisher auch die Ausrede gehabt, man sei sich im Westen nicht einig gewesen über die Verhandlungspositionen. So hat denn auch der Warschauer Pakt auf diesem Gebiet nur sehr wage, allgemeine oder nicht akzeptable Vorschläge gemacht. Hier haben wir eine **Nagelprobe auf die Ernsthaftigkeit des sowjetischen Abrüstungswillens.**

Ich will ferner unser starkes Interesse bekräftigen an einem baldigen Abschluß einer Konvention zur Abschaffung chemischer Waffen. Das fordern wir seit langem, und angesichts der Aktivität der sog.

„Friedensbewegung“ sollten wir mit diesem Pfund in der Öffentlichkeit stärker wuchern. Wir haben immer wieder — nicht zuletzt Alfred Dregger, aber auch viele andere — die Frage der Abschaffung der C-Waffen in den Vordergrund gestellt. Deutschland ist auch durch diese furchtbare Waffenkategorie in besonderer Weise bedroht.

Wir müssen davon wegkommen, daß wir nur über die Raketen reden — und nicht über andere bedrohliche Waffen, die die gleiche Kapazität an Vernichtungskraft haben!

Das ist ein typisches Thema, dem wir uns in der Union lange vor anderen gewidmet haben. Wir sollten uns jetzt, da wir in die Nähe eines Erfolgs kommen, diese Chance von anderen nicht wegnehmen lassen! Ich glaube, ein Abschluß einer Konvention über die Abschaffung chemischer Waffen wird unter vielerlei Gesichtspunkten von allergrößter Bedeutung für uns sein.

Ich habe zu Beginn dieses Jahres in einer Pressekonferenz gesagt — damals unter dem Eindruck des Treffens Reagan/Gorbatschow in Reykjavik,

- daß eine enge europäische Abstimmung und ein einheitliches Auftreten in den verschiedensten Feldern der Sicherheitspolitik immer dringlicher werden,
- und daß spezifische europäische Interessen, die durch den Dialog der Großmächte berührt sind, eine institutionell verankerte Koordination erfordern. Ich kann dies unter dem Eindruck der Ereignisse der letzten Monate nur noch einmal unterstreichen.

Wir müssen stets davon ausgehen: Westeuropa bildet aus geographischen Gründen eine strategische Einheit. Liebe Freunde, ohne Frankreich ist diese Einheit nicht vorstellbar. Wir haben zur Zeit eine eigenartige Diskussion, die mich manchmal an die Diskussion erinnert, die wir leider in den 60er Jahren einmal innerhalb der Union hatten: damals zwischen sogenannten Atlantikern und Gaullisten. Ich finde, aus diesem unsinnigen Streit haben wir ein für allemal gelernt, denn wir brauchen beides:

- Wir brauchen die enge Partnerschaft und Freundschaft mit den Vereinigten Staaten,
- und wir brauchen die enge Partnerschaft und Freundschaft mit den Europäern, und hier vor allem mit den Franzosen. Das ist also überhaupt kein Gegensatz. Und ich will das einmal deutlich aussprechen, weil in den Zeitungen zum Teil etwas anderes dargestellt wurde.

Wenn Sie das Interview von Alfred Dregger in diesen Tagen lesen und meine Ausführungen am vergangenen Freitag in der Pressekonferenz, werden Sie feststellen, daß wir hier völlig übereinstimmen. Wir lassen uns weder in eine anti-amerikanische noch in eine anti-französische Position drängen.

Ich habe keinen Zweifel an der Zuverlässigkeit unserer amerikanischen Freunde. Die Amerikaner werden in ihrer großen Mehrheit, dessen bin ich sicher, auch in Zukunft nicht einer isolationistischen Tendenz verfallen. Ich glaube, diese Gefahr ist trotz allem, was wir beobachten können, abgewandt.

Aber wir sollten begreifen: Es liegt in unserem Interesse — und die letzten Monate haben die Notwendigkeit unterstrichen —, daß wir uns auch in der EG neben Handel und Wirtschaft stärker auf den gemeinsamen Verteidigungswillen besinnen.

Außerdem: Unter Konrad Adenauer und Charles de Gaulle wurde der Elysee-Vertrag geschlossen, dieser Vertrag enthält auch eine klare und deutliche Aussage zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Es liegt in unserem Interesse — aber auch im Interesse unserer amerikanischen Freunde — daß wir uns intensiver um eine gemeinsame Sicherheitspolitik mit den Franzosen bemühen. Wir haben eine gute Möglichkeit, das französische Verteidigungspotential in der gemeinsamen Verteidigung Mitteleuropas umfassend zur Wirkung zu bringen:

- Das gilt für operative Planungen;
- das gilt für die Fähigkeit der französischen Streitkräfte, trotz aller Vorbehalte reibungslos mit den Streitkräften der anderen NATO-Partner zusammenzuarbeiten;
- das gilt für die besondere Kooperation mit der Bundeswehr.

Wir haben in diesem Jahr zum ersten Mal eine große Manöverübung — die Übung „Kecker Spatz“ im kommenden Herbst —, in der weit östlich der von de Gaulle noch vorgegebenen Linie operiert werden soll. Das ist eine elementare Veränderung auch bei den Franzosen. Wir sind jetzt so weit — und Sie haben ja die Reaktion auf meine Anregung in den letzten 48 Stunden erlebt —, daß man ernsthaft darangehen kann, **eine integrierte deutsch-französische Einheit aufzubauen, und zwar auf der Ebene einer Brigade.**

Wir kehren nicht zurück zur Idee der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“; Geschichte wiederholt sich nicht. Aber es ist für uns alle

von elementarer Bedeutung, daß wir möglichst eng mit unseren europäischen Partnern, und vor allem mit den Franzosen, zusammenarbeiten.

Allerdings füge ich hinzu: Es soll niemand glauben — und das ist es, was ich vorhin gemeint habe —, daß etwa die Franzosen an die Stelle der Amerikaner treten könnten. Francois Mitterrand hat einmal in einer Pressekonferenz ganz klar gesagt, daß Frankreich nach der Definition seiner Rolle als europäische Nuklearmacht nicht die Last der Amerikaner in Europa oder in Deutschland schultern kann. Das muß man klar und deutlich sehen und aussprechen.

Wir haben natürlich auch in der deutsch-französischen Rüstungszusammenarbeit unsere Interessen zu wahren. Vor allem die Kollegen aus dem Verteidigungsausschuß wissen, daß das ein dornenreicher Weg ist. Übrigens: Wenn man fair ist, muß man auch hinzufügen, daß es auch mit anderen ein dornenreicher Weg ist. Wenn es um Interessen geht, um bares Geld, sind alle unsere Freunde erst einmal sich selbst der Nächste.

Gelegentlich habe ich den Eindruck, nur bei uns gibt es eine Art tiefenpsychologischen Vorgang, aufgrund dessen eine Interessenvertretung ein schlechtes Gewissen hervorruft. Es ist doch die natürlichste Sache von der Welt, die eigenen Interessen vernünftig zu vertreten.

Wir werden also weiterhin — wie ich hoffe, schon im kommenden Herbst — über anstehende Entscheidungen zur Verbesserung und Intensivierung der Zusammenarbeit mit Frankreich auch hier in der Fraktion intensiv beraten können.

Die Bundesregierung war von Anfang an maßgeblich an den Bemühungen beteiligt, die WEU institutionell und konzeptionell zu stärken und sie insbesondere in die Lage zu versetzen, mit Autorität europäische sicherheitspolitische Interessen zur Geltung zu bringen. Ich habe aus diesem Grunde die Initiative des französischen Premierministers Chirac nachdrücklich begrüßt, im Rahmen der WEU eine Art von „Charta der europäischen Sicherheit“ zu verabschieden.

Die Arbeiten an diesem Dokument sind weit gediehen. Die Außen- und die Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten haben bereits Ende April einen Zwischenbericht entgegengenommen. Ich hoffe, daß es gelingt, dieses Dokument nach den Ferien zu verabschieden.

Ich will ausdrücklich hervorheben, daß sich Frankreich an der Erarbeitung der in Reykjavik beschlossenen Gesamtkonzeption für

Rüstungskontrolle und Abrüstung beteiligt. Das ist nicht selbstverständlich. Das wäre vor zehn Jahren schwer vorstellbar gewesen.

Liebe Freunde, das ist ein Erfolg unserer Politik, von dem wir viel mehr reden müssen, und zwar nicht nur reaktiv, sondern offensiv, indem wir den Bürgern darstellen, daß hier ein Stück Gemeinsamkeit in Europa gewachsen ist.

Wenn Sie in diesen Tagen die französische Presse beobachten, die Diskussion im französischen Parlament, dann stellen Sie fest: Dort werden jetzt Äußerungen gemacht, dort werden Vorschläge unterbreitet, die eine Veränderung nicht nur des Klimas, sondern auch der Substanz der Politik verzeichnen. Natürlich geht das nicht über Nacht. Und wenn Sie dieser Tage eine der großen gaullistischen Persönlichkeiten vernehmen konnten, die da warnte: „Für militärische Sicherheit braucht man Patriotismus. Der deutsche und der französische Patriotismus können verbunden werden, aber nicht vermischt.“ — dann merken Sie, wie schwer es ist für Frankreich mit seiner Tradition und dem Stolz auf die eigene Geschichte, sich auf einen solchen Weg zu begeben. Aber ich bleibe dabei: Es ist eine vernünftige Grundsatzentscheidung für die Zukunft, neben dem Ja zu engen deutsch-amerikanischen Beziehungen die Beziehungen mit Frankreich zu intensivieren.

Ich füge hinzu: Angesichts der Schwierigkeit der Materie ist es nicht erfreulich, daß der eine oder andere hier Vorschläge macht, die ich als öffentliche Spekulation und als nicht sehr hilfreich empfunden habe.

Ich denke beispielsweise an meinen Vorgänger. Sie werden festgestellt haben, daß ich zu diesem Thema bisher selten das Wort ergriffen habe. Wenn ich beispielsweise höre, daß, bevor wir überhaupt einen Verband aufstellen, bereits erklärt wird, „der Kommandeur muß ein Franzose sein“, dann kann man natürlich mit mir darüber reden. Aber ich finde, die Reihenfolge muß doch sein, daß wir erst den Verband aufstellen, und dann über den Kommandeur befinden — und nicht umgekehrt.

Das bringt uns in Frankreich keine positiven Stimmen. Wenn jetzt Helmut Schmidt im Rahmen der Abrüstungsdebatte beispielsweise davon spricht, daß wir möglicherweise im konventionellen Bereich um drei, vier Divisionen oder mehr aufstocken sollten glaubt doch hier im Raum kein Mensch, liebe Freunde, daß das für die Franzosen eine leicht erträgliche Sache ist: die jetzige Stärke der Bundeswehr noch weiter zu erhöhen. Ganz abgesehen davon, daß jeder hier, der vernünftig darüber nachdenkt, weiß: Weder materiell noch personell wären wir zu einer solchen Maßnahme imstande.

Mir geht es darum, daß wir mit den Franzosen ganz offen und direkt sprechen. Wir dürfen bei ihnen nicht den Eindruck erwecken, als wollten wir jetzt eine Entwicklung einleiten, die als anti-amerikanisch verstanden werden könnte. Ich kann nur noch einmal beschwörend sagen, an jeden von Ihnen gerichtet: **Wir brauchen beides!**

■ Die enge Bindung an die Vereinigten Staaten — bei allem Ärger und Verdruß über einzelne Entscheidungen, die in Washington auch getroffen werden,

■ und die enge Bindung an unsere europäischen Freunde, und hier vor allem an unsere französischen Freunde.

Dies beides ist kein Gegensatz, beides ist gleichzeitig notwendig und möglich. So wird es auch in Washington wie in Paris gesehen.

Lassen Sie mich ein kurzes Wort sagen zum Besuch des amerikanischen Präsidenten in Berlin.

Wir alle schulden dem Präsidenten großen Dank für seinen Besuch anlässlich der 750-Jahr-Feier in Berlin.

Es war für uns wichtig, daß er als Präsident der Vereinigten Staaten dort vor dem Brandenburger Tor stand und sprach.

Aber ich glaube, es war auch für die Amerikaner wichtig; denn für die Amerikaner, die ja eine sehr bildhafte Empfindung durch die moderne Medienlandschaft gewohnt sind, ist es besonders eindrucksvoll, daß ihr Präsident im Reichstag, an der Mauer und vor dem Brandenburger Tor mitten im geteilten Berlin zu sehen war. Wenn Sie die Reaktion in den Vereinigten Staaten darauf beobachtet haben, konnten Sie feststellen: Dort gab es auch keinen Parteienstreit über diesen Besuch. Der Besuch hat die deutsch-amerikanische Freundschaft bestätigt, und er hat noch einmal die Haltung der Vereinigten Staaten zu Berlin bekräftigt.

Und, meine Damen und Herren, ich finde, wir sollten auch in den kommenden Monaten kräftig Gebrauch machen von dem, was der Präsident über die Sicherheitsgarantie für das freie Berlin hinaus an konkreten Initiativen vorgetragen hat. Ich habe eingangs ein wenig beklagt, daß der Westen in der ganzen Abrüstungsproblematik bisher zu sehr reagiert und zu wenig agiert hat. **Der Präsident hat in Berlin klar und deutlich Vorschläge unterbreitet, die für Berlin von großer Bedeutung sind, und Perspektiven für neue Funktionen der Stadt eröffnen:**

Wer wirklich Frieden, Abrüstung und Ausgleich will, der muß sich in Ost und West der Forderung anschließen, daß besonders die Verbesserung der Flugverbindungen mit Berlin endlich vorankommt.

Das können wir morgens, mittags und abends wiederholen! Das sieht jedermann ein. Das ist eine klare These. Wer also über Beziehungen zur DDR und zur Sowjetunion nachdenkt, wer wirklich Friedenspolitik betreiben will — für die es sich übrigens auch zu demonstrieren lohnt —, der kann immer wieder sagen: Mit einer Verbesserung der Flugverbindungen helfen wir den Berlinern. Deswegen läßt uns das unentwegt wiederholen.

Ich bedaure, daß diese Vorschläge bereits acht Tage nach dem Besuch weitgehend aus der deutschen Öffentlichkeit verschwunden sind. Es ist unsere Sache, in den kommenden Monaten immer wieder dieses Thema aufzugreifen. So hat der Präsident für Berlin zusätzliche internationale Kongresse, Konferenzen der Vereinten Nationen, Tagungen von weltweiter Bedeutung vorgeschlagen. Wir können uns dem nur anschließen. Bloß: Es genügt nicht, wenn das einmal gesagt wird. Lassen Sie uns doch bei jeder passenden Gelegenheit diese Forderung wiederholen.

Wenn der Präsident angeregt hat, in ganz Berlin internationale Sportwettbewerbe durchzuführen bis hin zu den Olympischen Spielen — dann lassen Sie uns das aufgreifen. Es ist doch jetzt nicht unsere Aufgabe, liebe Freunde, zunächst darüber nachzudenken, ob sich das in der konkreten Situation realisieren läßt oder nicht. Wenn die Chance sich ergibt, werden wir die Chance wahrnehmen. Ob sich die Chance ergibt und wann, weiß in diesem Saal niemand. Aber lassen Sie uns doch diese Forderung mit unterstützen!

Wenn der Präsident angeregt hat, durch vielfältige Austauschprogramme für junge Leute aus Ost und West Menschen zueinander zu bringen, dann entspricht das doch genau unserer Politik.

In diesem Jahr verzeichnen wir den beachtlichen Erfolg, daß, wahrscheinlich über zwei Millionen Besuche aus der DDR bei uns stattfinden — wobei viele Besucher mehrmals kommen werden, deswegen kann man die Zahl nicht genau fixieren. Aber wir wissen, daß nicht nur einige, sondern viele Hunderttausend zum ersten Mal in ihrem Leben, wie man drüben sagt, „im Westen“ sind. **Das ist der Erfolg unserer Politik!**

Die anderen haben davon geredet, wir haben es durchgesetzt! Wir können also den ganzen Sommer hindurch dieses Thema immer wieder unseren Mitbürgern vortragen, weil Sie heute überall in der Bundesrepublik auf Landsleute aus der DDR treffen.

Wir haben mehr für die Menschen in Deutschland getan als all jene, die die großen Proklamationen verfaßt haben, die Parteiengespräche durchgeführt haben und mit den „Kollegen der SED“ gleichsam Verbrüderung gefeiert haben. **Wir haben Tatsachen geschaffen! Und lassen Sie uns bitte über diese Tatsachen reden.**